

Sperrfrist: 16.12.2011

09:00 Uhr

Es gilt das gesprochene Wort!

Sehr geehrter Herr Landrat Dr. Gericke,
sehr geehrte Damen und Herren der Kreisverwaltung und
liebe KollegInnen der anderen Fraktionen,
sehr geehrte Gäste,

Europa wandelt sich, wie Sie täglich der Presse entnehmen können. Und das hat Auswirkungen auf die politische Arbeit im Kreis Warendorf. Deshalb möchte ich heute diese Themen ansprechen:

Kreis Warendorf im Wandel- Klima im Wandel- Gesellschaft im Wandel

Das sind Herausforderungen, mit denen wir uns beschäftigen müssen. Der Wandel kommt auf uns zu, er erfordert Aufmerksamkeit, er verändert Sicherheiten. Aber er bietet auch Chancen und sorgt vielleicht dafür, dass wir näher zusammen rücken, diskutieren und uns vernetzen. Wir sollten nach dem altbewährten Motto verfahren:

Man muss immer das Beste draus machen, egal, was kommt.

Was aber bedeutet das?

„Wir haben keine Glaskugel“, so sagte es der Landrat noch vor einer Woche im Kreisausschuss in Bezug auf Unwägbarkeiten bzgl. einer zu erwartenden Umlage für den LWL. Es bleiben zunächst Unklarheiten, so ist es nun mal. Aber schauen wir uns zunächst einen Wandel an:

Der Kreis Warendorf im Wandel

Wie jedes Jahr ist die Aufstellung des Kreishaushaltes für alle Beteiligten eine große Herausforderung. Hatten wir im Haushaltsjahr 2011 mit den Ergebnissen der ersten Generation der Neuberechnung der Gemeindefinanzierung zu kämpfen, gab es in diesem Jahr neben schwierigen Rahmenbedingungen, auch angenehme Überraschungen. Die Rot-Grüne Landesregierung hat die Ergebnisse der aktuellen Steuerschätzung 1:1 an die Kommunen weitergegeben. Das Land wird in 2012 500 Mio. € mehr als im Vorjahr an die kommunalen Haushalte weiterreichen. Für den Kreis Wa-

rendorf werden davon gut 2 Mio. € in dem Kreishaushalt fließen. Hiervon gehen gemäß einem Konsens aller Fraktionen aus dem Jahre 2010 1 Mio. € in die Pensionsrückstellungen.

Auch die Finanzkraft der kreisangehörigen Kommunen hat sich gegenüber dem Vorjahr deutlich verbessert, die allgemeine Kreisumlage wird mit 36,7 %, um 3,4 % Punkte deutlich unter dem Vorjahr angesetzt werden können.

Verehrte Damen und Herren,

lassen sie mich auf Besonderheiten des Kreishaushaltes hinweisen, die in der Auseinandersetzung mit den Kommunen immer wieder zu Diskussionen führen. Der Kreis übernimmt im Wesentlichen die Sozialleistungen der kreisangehörigen Kommunen. Diese Sozialleistungen haben ihre eigene Wachstumsdynamik und unterliegen nicht beliebigen Kürzungsvorstellungen.

Bei den Empfängern der Sozialleistungen haben wir es mit Menschen zu tun, Menschen die aus den verschiedensten Gründen der Unterstützung der kommunalen Gemeinschaft bedürfen und einen Rechtsanspruch auf diese Leistungen haben. Viele dieser Menschen sind Opfer unserer Gesellschaft. Wir dürfen es nicht zulassen, dass Vertreter einer neoliberalen Wirtschaftstheorie sich öffentlich brüsten, in der Wirtschaft ohne ethische Grundsätze zu handeln. Wir Grüne wollen nicht, dass die Menschen zu Strandgut wirtschaftlicher Ausbeutung herabgewürdigt werden. Und das in einem Land, in dem die Reichen immer reicher werden.

Der Kreis hat mit der erfolgreichen Bewerbung um Übernahme der Aufgaben des Jobcenters eine große Vision in die Tat umgesetzt. Wir wollen die uns anvertrauten Menschen erfolgreicher begleiten als unsere Vorgänger in diesem Bereich.

Die Integration von 200 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Personalbestand der Kreisverwaltung ist eine große personelle und organisatorische Herausforderung. Wir heißen die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Personalfamilie der Kreisverwaltung willkommen.

Bitte vergessen Sie nie, hinter jedem Fall steht ein Mensch. Mit all seinen Träumen, Ängsten, Hoffnungen und Möglichkeiten. Unterstützen Sie die Menschen dabei, ihren Platz in der Gesellschaft in Würde einnehmen zu können.

Verehrte Damen und Herren

Der FMO und die lange Startbahn. Man sollte meinen, dass das Gerichtsurteil vom Mai dieses Jahres zur Startbahnverlängerung, die Gedanken der Berufsoptimisten auf den Boden der Tatsachen zurückgeführt haben. Hat doch das Oberverwaltungsgericht den Planfeststellungsbeschluss von 2004 für ungültig erklärt. Die in den FMO-Gutachten aufgeführten Fakten hat das OVG als - wirtschaftliche Zukunftshoffnungen und unter dem Gesichtspunkt der Wahrscheinlichkeiten als nicht gerechtfertigt - abqualifiziert.

Es gibt keine Genehmigung, es gibt keine verlängerte Startbahn, es gibt keine Kapitalerhöhung. Deshalb lehnen wir die weitere Auszahlung für die Verlängerung der Start- und Landebahn wegen Wegfall der Handlungsgrundlage ab. Wir erwarten eine entsprechende Änderung des Gesellschafterbeschlusses.

Die RWE-Beteiligung: Die Beteiligung der Kommunen am RWE-Unternehmen weist eine lange Tradition auf. In den vergangenen Jahren wendete sich die Geschäftspolitik der RWE immer weiter von den Interessen der kommunalen Gesellschafter und ihrer Bürger ab. Das gesellschaftliche Ziel einer dezentralen Energieversorgung für Deutschland und die Umstrukturierung auf erneuerbare Energien passt nicht in die Geschäftspolitik eines Weltkonzerns wie RWE, der den notwendigen Wandel nicht erkennen will.

Der Kreis setzt die Dividenden aus der RWE-Aktienbeteiligung für die Finanzierung der Gesellschaft zur Kulturförderung ein. Bislang kamen die Erträge auch aus dem Betrieb von Atomkraftwerken. Die Geschäftspolitik der RWE hat jetzt zu einem Einbruch der Aktienwerte geführt. Da der sofortige Verkauf der Aktien, den wir grundsätzlich befürworten, zu erheblichen Verlusten für den Kreis Warendorf führen würde, werden wir wohl noch eine Zeit mit den schmuddeligen RWE-Aktien leben müssen.

1 Millionen Schuldenabbau

Wir begrüßen den gemeinsamen Antrag von CDU und FDP auch in diesem Jahr 1 Mio. € für den Schuldenabbau in den Haushalt des Kreises einplanen zu lassen. Zumal diese Absicht dem bereits im vergangenen Jahr gefassten Beschluss der Fraktionen zur jährlichen Sondertilgung von 1 Mio. € Verbindlichkeiten entspricht.

Wir gehen davon aus, dass die CDU mit dieser Geste die besonderen Bemühungen der Rot-Grünen Landesregierung zur Verbesserung der Kommunalfinanzierung in besonderer Weise herausheben wollte. Wir werden diese lobenswerte Geste gerne wohlwollend an die Rot-Grüne Koalition in Düsseldorf weiterreichen.

Schauen wir in die Kreisverwaltung: Der Prüfbericht der Gemeindeprüfanstalt (GPA) kommt zu einer insgesamt guten Bewertung. Das gilt für die von der GPA geprüften Geschäftsfelder.

Die von den Grünen im vergangenen Jahr angemahnten Schwachstellen haben sich auch in diesem Jahr hartnäckig gehalten. Die bei der Einführung des NKF aufgebauten Produktbeschreibungen und Kennzahlensysteme sind nicht erkennbar verbessert worden. Eine dezidierte Personalbedarfsplanung existiert bis heute nicht.

Verehrte Damen und Herren,

Klima im Wandel

Die Produktgruppe **1403** werden wir in Zukunft besonders im Auge behalten. Wir begrüßen die rasche Einführung der Gruppe KLIMASCHUTZ in den Haushalt 2012 gemäß unserem Antrag. Hier hat die Verwaltung schnell reagiert.

Wir Grüne fordern ein qualifiziertes Klimaschutzkonzept für den Kreis Warendorf. Wir setzen uns für machbare, aber ambitionierte Klimaschutzziele ein. Quantitative Zielvorgaben sind dafür entscheidend (kein allgemeiner Aktionsplan mit 63 Projekten, der nur Aktivitäten vortäuscht und vom Klimaschutzmanager nicht zu bewältigen ist).

Es sind Prioritäten zu setzen:

Aus der Analyse der Bestandsaufnahme des Klimaschutzkonzeptes müssen gezielt Maßnahmen entwickelt werden, die die Stärken und Schwächen berücksichtigen.

Unser Ziel ist die Weiterbearbeitung des Entwurfes des Klimaschutzkonzeptes. Die CO₂-Reduzierung muss mindestens in der Höhe der Ziele der Bundesregierung angesiedelt werden. Der Ausbau der regenerativen Energien, besonders der Wind-

energie, muss vorangetrieben werden.

Die Wertschöpfung im Kreis zu halten ist ökonomisch sinnvoll und zukunftsorientiert (andere sind schon unterwegs- es gibt Firmen, die sichern sich Vorranggebiete!!).

Lassen Sie uns nicht sehenden Auges in eine immer konkretere Klimaveränderung laufen, ohne schnell und angemessen zu reagieren. Der Klimawandel bietet auch Chancen, die nur die ersten gut nutzen können. Angesichts der katastrophalen CO₂-Entwicklung werden auch Anforderungen wie die Entwicklung von Anpassungsstrategien auf uns zukommen.

Nun komme ich zum dritten Thema: Wandel in der Gesellschaft

Es gilt die Integration zu stärken und die Toleranz auszubauen

Im Kreis Warendorf hat fast jede/r 5. Mensch einen Migrationshintergrund.

Nach drei Jahren der Vorbereitung hat der Kreistag den ersten Kreisintegrationsbericht im Jahr 2010 verabschiedet, in dem bereits viele wichtige Maßnahmen für ein gelingendes Miteinander benannt wurden. Dieses Jahr geht es noch einen Schritt weiter:

Mit dem Zuschlag des Landes NRW an den Kreis Warendorf, eine **RAA, eine „Regionale Arbeitsstelle zur Förderung von Kindern und Jugendlichen aus Zuwandererfamilien“** im Kreis einzurichten, soll auch die pädagogische Integrationsarbeit in den Bildungseinrichtungen des Kreises vorangebracht werden. Die RAA ist eine schon lange fällige und wichtige Einrichtung, die sowohl SchülerInnen, Eltern, als auch LehrerInnen zu Gute kommen wird. Für uns Grüne gehört die RAA in die Stadt mit dem höchsten Anteil an MigrantInnen, nach Ahlen.

Die durch den Gesetzgeber geplante Umwandlung in ein kommunales Integrationszentrum werden wir Grüne konstruktiv begleiten und wollen damit das Thema „Integration“ auch verstärkt in die politischen Gremien des Kreises tragen.

Mittelfristig braucht der Kreis mit den wachsenden Aufgaben auch eine/n Integrationsbeauftragte/n.

Hier sollen auch die Maßnahmen des Kreises, der Intoleranz und dem Rechtsextremismus die Stirn zu bieten, erwähnt werden. Die bereits zahlreichen Maßnahmen in der Jugendarbeit des Kreises unterstützen wir Grüne voll und ganz. Wir sind sehr erfreut darüber, dass sich alle Fraktionen einig sind, weiterhin und verstärkt gegen rechte Umtriebe im Kreisgebiet vorzugehen.

Das umfassende Thema der Inklusion:

In meinen letzten beiden Haushaltsreden habe ich mich bereits zum Thema „Inklusion“ geäußert. Im September gab es eine erste Auftaktveranstaltung des Kreises: „Inklusion im Kreis Warendorf“. Wichtig ist mir in diesem Zusammenhang: Inklusion meint mehr als die Gewährleistung von Teilhabe von Menschen mit Behinderungen bzw. Handicaps.

Prof. Rolf Werning fasst in seinem Gutachten für die nordrheinwestfälische Landesregierung am 28.06.2011 den Inklusionsbegriff weiter: **Inklusion** versteht er **als ein Konzept zur Überwindung von Diskriminierungen aller Risikogruppen. Er nennt hier Ausgrenzungen und Benachteiligungen wegen des Geschlechtes, der sozialen Herkunft, der Lebensbedingungen und des kulturellen Hintergrundes.**

Inklusion ist als dauerhafter Auftrag einer jeden Schulentwicklung zu sehen.

Wenn wir Inklusion im erweiterten Sinne als Leitbild für all unsere bildungspolitischen Entscheidungen heranziehen, nehmen wir gleichzeitig auch wichtige andere Aufgabenstellungen mit in den Fokus. Wenn Inklusion ernst gemeint ist, dann wird auch die Integration unserer MitbürgerInnen mit Migrationshintergrund vorangetrieben.

Der Kreis Warendorf ist hier vielfach gefordert inklusive Strukturen zu entwickeln.

Er ist angesprochen als Schulträger, durch das Bildungsbüro als Koordinationsstelle für eine regionale Bildungslandschaft sowie das Amt für Kinder, Jugendliche und Familien. Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen wird diesen Prozess nachhaltig begleiten.

Abschließend möchte ich auf die Arbeit des **Jugendamtes** hinweisen. Es sind gute Netzwerke für frühe Hilfen vor Ort in den Kommunen geschaffen worden. Viele verschiedene Professionen kommen nun zusammen. Es ist eine lückenlose Kette für alle Altersgruppen initiiert. Aber diese Netzwerke müssen kontinuierlich mit Leben gefüllt werden und bedürfen der entsprechenden personellen Begleitung, nur so kann verhindert werden, dass ein Kind durch das Netz fällt. Das Kindeswohl muss im Mittelpunkt stehen.

Meine Damen und Herren!

Der Haushalt entspricht nicht in allen Bereichen unseren Vorstellungen. Jedoch sind wir bereit in diesen schwierigen Zeiten die Verantwortung mit zu übernehmen und werden diesem Haushalt zustimmen.

Ich möchte Ihnen, Herr Landrat, den Herren Dezernenten und Ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für die gute Zusammenarbeit danken.

Herzlichen Dank sagen möchte ich meiner Fraktion für die konstruktive und stets zuverlässige Zusammenarbeit. Vielen Dank an die Presse für die geduldige Begleitung. Ihnen allen wünsche ich frohe Weihnachten und einen besinnlichen Übergang in das Jahr 2012.

Zum Schluss möchte ich noch auf die anfangs erwähnte Glaskugel zu sprechen kommen. Den Satz von der fehlenden Glaskugel habe ich von Ihnen Herr Dr. Gericke, schon mehrmals gehört. Da kann ich Ihnen auf die Sprünge helfen. Hier habe ich eine für Sie- schau Sie mal rein, vielleicht bringt es Sie nach vorne, hilft bei der Konzentration oder bietet schlicht einen schönen Anblick(überreichen).

Cornelia Lindstedt,

Fraktionssprecherin der Kreistagsfraktion Bündnis 90/ Die Grünen